

---

# Das BAWAG-ÖGB-Debakel

Hintergründe einer österreichischen Polittragödie

## Trautl Brandstaller

---

Zwischen der Hohenstaufengasse, dem Sitz des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, und der Wipplingerstraße im 1. Wiener Bezirk, zwischen Ringstraße und der Wiener Börse, klafft ein großes Loch; die beiden dort früher befindlichen Gebäude wurden bis auf die Fundamente abgerissen. Ob es einen Neubau der ÖGB-Zentrale geben wird, ist angesichts der aktuellen Gewerkschaftsfinanzen fraglich.

Noch symbolischer waren die Geschehnisse am 1. Mai 2006: Kurz nachdem die Sozialdemokraten auf dem Wiener Rathausplatz ihren traditionellen »Mai-Aufmarsch« zelebriert hatten, fand im Bundeskanzleramt eine dringliche Krisensitzung statt. Täglich ansteigende Krisenmeldungen – drohende Klagen von US-Gläubigern und wachsende Schlangen verunsicherter Sparer, die ihre Konten und Sparbücher auflösten – zwangen die Bundesregierung zu einer Notaktion. Die Bank für Arbeit und Wirtschaft, die viertgrößte Bank des Landes, derzeit noch im Alleineigentum des ÖGB, mußte durch eine befristete Haftung in der Höhe von 900 Millionen Euro vor einem drohenden Konkurs gerettet werden, zusätzlich verpflichteten sich die größten Geldinstitute, Banken und Versicherungen, »Besserungskapital« in der Höhe von 450 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug verpflichteten sich BAWAG und ÖGB, ihre Anteile an der Österreichischen Nationalbank (20 Prozent) an die Bundesregierung zu verkaufen und gleichzeitig alle Vermögenswerte, die des ÖGB und seiner Teilgewerkschaften (inklusive des ominösen Streikfonds sowie sämtlicher Stiftungen im In- und Ausland), offenzulegen.

Größer konnte eine Demütigung für den ÖGB und seine Bank am Tag der Arbeit nicht sein.

Das finanzielle Debakel der »Bank für Arbeit und Wirtschaft«, wie die ursprüngliche »Arbeiterbank« seit 1963 heißt, hatte sich schon seit Oktober 2005 abgezeichnet, als der US-Broker Philipp Bennett mit seiner Firma Refco in Konkurs ging. Zunächst glaubte man im ÖGB, durch Rücktritte des BAWAG-Generaldirektors Johann Zwettler und des BAWAG-Aufsichtsratsvorsitzenden (und ÖGB-Finanzreferenten) Günter Weninger, dann des ÖGB-Präsidenten Fritz Verzetnitsch (nachdem

dessen Verpfändung des Streikfonds im Jahr 2000 aufgefliegen war), das BAWAG-Desaster auf das Fehlverhalten einzelner Manager einschränken zu können. Doch als die amerikanischen Refco-Gläubiger der BAWAG mit Klagen drohten, stellte sich heraus, daß auch der ÖGB direkt über eigens von ihm gegründete Stiftungen und Briefkastenfirmen in die Spekulationsgeschäfte des US-Brokers involviert ist. Die Zahl der Stiftungen wird derzeit mit 60 (!) kolportiert, wovon allein 20 in Liechtenstein gegründet worden sein sollen. Der ÖGB, konkret sein früherer Finanzreferent Günter Weninger, hat also in reichlichem Maß von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Steuern »legal« zu umgehen und Bilanzverluste ebenso »legal« zu verschleiern. Noch haben die Gerichte nicht entschieden, welche dieser Transaktionen »legal« und welche »illegal« sind, wobei die derzeitigen Usancen im internationalen Finanzgeschäft eine solche Unterscheidung zunehmend schwieriger machen. Doch steht jetzt schon fest: Die Machenschaften der Bankmanager haben nicht nur die BAWAG in die Konkursreife getrieben, sie bringen auch den ÖGB an den Rand des Konkurses.

Die finanziellen Verbindlichkeiten der BAWAG in der Höhe von fast zwei Milliarden Euro, die Günter Weninger als BAWAG-Aufsichtsratsvorsitzender dem ÖGB »umgehängt« hat, sind vom ÖGB in seiner aktuellen Finanzlage nicht zu bezahlen. Und obwohl die Bundesregierung den Konkurs von Österreichs viertgrößter Bank in letzter Minute abgewendet hat, ist die Zukunft der BAWAG noch immer nicht restlos geklärt. Der angestrebte Verkauf, an dessen Erlös auch die amerikanischen Refco-Gläubiger in dem zu Pfingsten abgeschlossenen Vergleich einen Anteil zugesichert erhielten, brächte dem ÖGB nach dem jüngsten Stand der Dinge kaum mehr als die Möglichkeit, die zuletzt aufgetauchten neuen Schulden zu bezahlen. Auch ein erfolgreicher Bank-Verkauf wird den ÖGB nicht schuldenfrei machen.

Damit aber droht aus der derzeit noch rhetorischen Floskel von der notwendigen »Neugründung« des ÖGB, die der provisorische Vorsitzende Rudolf Hundstorfer gern verwendet, eine sehr reale Notwendigkeit zu werden: die Neugründung des ÖGB als Folge finanzieller Insolvenz.

---

### **Existenz- und Sinnkrise einer »Säule der Republik«**

---

Die Fast-Pleite der Gewerkschaftsbank, an sich schon eine mittlere politische Katastrophe, wirft ein grelles Schlaglicht auf die innere moralische Verfassung des österreichischen Gewerkschaftsbundes und seiner führenden Funktionäre. Sechzig Jahre nach seiner Gründung schlittert der ÖGB in eine fundamentale Existenz- und Sinnkrise, eine Krise, die nicht nur die Arbeitnehmervertretung des Landes, sondern die Sozialpartnerschaft als zentrales Element des politischen Systems trifft.

Es war zwar schon länger offenkundig, daß die Gewerkschaften dem rasanten Umbruch der Arbeitswelt in den letzten 20 Jahren – von der elektronischen Revolution über die Globalisierung bis zur neukonservativen Ausrichtung der internationalen Wirtschaftspolitik – ziemlich hilflos gegenüberstanden. Dennoch schockiert die Mischung von Ignoranz und Zynismus, von Dummheit und Opportunismus, mit der führende ÖGB-Funktionäre seit mehr als zehn Jahren auf die schrumpfenden Mitgliederzahlen und wachsenden Finanzprobleme ihrer Organisation reagierten. Statt auf den Rückgang der Industrieproduktion und die Expansion des Dienstleistungssektors mit einer grundsätzlichen Reorganisation zu reagieren und den aufgeblähten

bürokratischen Apparat (ursprünglich 15, jetzt zwölf Teilgewerkschaften plus neun Landesorganisationen, zahlreiche Schulungsheime, Wohnbaugenossenschaften, Ferienheime) zu reduzieren, versuchte man den finanziellen Engpässen genau mit jenen kapitalistischen Spekulationsgeschäften zu begegnen, die man in Sonntagsreden und den ÖGB-eigenen Publikationen aufs schärfste kritisierte. »Die Heuschrecken, die man vorne bekämpfte, hat man hinten selber gefüttert«, formulierte es der Tiroler Arbeiterkammer-Präsident Fritz Dinkhauser, von der Fraktion christlicher Gewerkschafter. Keinem der führenden sozialdemokratischen Gewerkschafter kam offenkundig die Idee, daß das Mitspielen im internationalen Kapitalismus-Kasino die Kritik von Gewerkschaft und Sozialdemokratie am Kasinokapitalismus als linke Heuchelei entlarvte.

---

### **1987: Umbruch der Arbeitswelt – Stagnation im ÖGB**

---

Die aktuellen Debatten um den Ausschluß von Fritz Verzetnitsch sind ebenso unglaubwürdig wie die frühere ÖGB-Kritik am »Turbokapitalismus«. Wer sollte dem ÖGB und seinem Führungszirkel abkaufen, daß Fritz Verzetnitsch die Entscheidungen für die Spekulationsgeschäfte der BAWAG im Alleingang getroffen hat? Wer sollte glauben, daß die BAWAG und ihre Direktoren diese Geschäfte ohne Rückenbedeckung des ÖGB gemacht haben, wo doch dieser ÖGB schon seit einigen Jahren zumindest ein Viertel seiner Einnahmen durch die BAWAG abdeckt? Wer wollte da nicht eher glauben, daß sowohl der Aufsichtsrat der BAWAG als auch die führenden ÖGB-Funktionäre die hochriskanten Spekulationsgeschäfte guthießen, solange die Geschäfte gutgingen?

Moralische Bedenken wurden jedenfalls durch lange Jahre nicht bekannt, auch nicht von jenen, die sich derzeit mit angewiderter Miene von Verzetnitsch und Co. abwenden.

Das finanzielle und moralische Debakel der BAWAG- und ÖGB-Führung hat vielmehr eine lange Vorgeschichte, deren wichtigstes Kapitel im Jahr 1987 beginnt.

Als Anton Benya vor 19 Jahren seinen Sessel für Fritz Verzetnitsch freimachte, hatte der radikale Umbruch in der Folge der »elektronischen Revolution« gerade begonnen. Für den ÖGB war Benyas Rückzug die Chance für eine ebenso radikale Reform. Aber Österreichs größter und mächtigster Verein (damals mit rund 1,7 Millionen Mitgliedern) war zutiefst gespalten. Zwei Machtblöcke – auf der einen Seite die traditionell starken Metallarbeitergewerkschafter mit Adolf Czettel, auf der anderen Seite die immer stärker werdenden Privatangestellten mit Sozialminister Alfred Dallinger – standen einander gegenüber und wollten der jeweils anderen Seite die Macht im ÖGB streitig machen. Die Logik der sozialen Entwicklung hätte für einen Angestelltenvertreter gesprochen, die Logik der Tradition für einen Metallgewerkschafter. Alfred Dallinger, einer der wenigen an der ÖGB-Spitze, der sich für die neuen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen interessierte und auch neue Ideen wie »Basislohn« und »Wertschöpfungsabgabe« entwickelte, schied schon deswegen aus, weil er dem inneren Zirkel der »Preference-Partie« (ein klassisches Wiener Kartenspiel) rund um Anton Benya zu »intellektuell« war. Überdies führte er eine »lose Zunge«, was in der Hohenstaufengasse noch nie hoch im Kurs stand.

Gewählt wurde also ein Dritter, ein Kompromißkandidat zwischen den beiden Blöcken: Fritz Verzetnitsch, gelernter Installateur, langjähriger Sekretär im ÖGB,

zuletzt Benyas rechte Hand in der ÖGB-Zentrale Hohenstaufengasse. Der zurückhaltende, eher schüchterne Funktionär seit Jugendtagen wirkte wie ein sympathischer Ministrant, der vielleicht manchmal heimlich vom Meßwein nascht. Daß er einmal die goldene Monstranz versetzen würde, traute ihm keiner zu. Auch jetzt scheint es übrigens wenig wahrscheinlich, daß die Verpfändung des Streikfonds durch Verzetnitsch im Jahr 2000 ohne jeden Mitwisser, nur in Kenntnis des Finanzreferenten, erfolgt sein soll. Verzetnitschs fristlose Entlassung nach seinem Rücktritt kommt eher einem schnellen Schlachtopfer gleich, das die erregten Gemüter der ÖGB-Mitglieder beruhigen soll. Als ob Erich Honeckers Ausschluß aus der SED kurz vor dem Ende der DDR ein Signal für einen Neubeginn des real existierenden Sozialismus gewesen wäre.

Kurz nach seiner Bestellung hatte Verzetnitsch Reformen angekündigt. Aber diese Reformen gingen von Anfang an an den wesentlichen Fragen vorbei, sie blieben in organisatorischem Kleinkram stecken. Die Hauptfrage war, wer mit wem fusionieren soll, um die sinkenden Mitgliederzahlen aufzufangen. Und in dieser strukturellen Frage ließen die beiden unterlegenen Gewerkschaften der Privatangestellten und der Metallarbeiter, unter der Führung von Hans Sallmutter und Rudolf Nürnberger, Fritz Verzetnitsch jederzeit verspüren, wer im ÖGB die wirkliche Macht hatte. Die eigentlichen Fragen, die Fragen, wie der ÖGB einerseits auf den Umbruch in der Arbeitswelt, andererseits auf die neue Arbeitslosigkeit als Folge der Rationalisierung reagieren sollte, blieben unbeantwortet. Politische Grundsatzdebatten und ideologische Diskussionen waren im ÖGB schon seit Jahren nicht mehr geführt worden.

Die Entpolitisierung, die sich in den Zeiten des wachsenden Wohlstands breit gemacht hatte, erwies sich in der Phase radikaler wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Umbrüche als gefährlicher Bumerang. Betriebsräte und Funktionäre waren immer mehr auf Marketing und mediale Auftritte, immer weniger auf politische Inhalte trainiert worden.

Zusätzlich verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den »siamesischen Zwillingen«, wie Victor Adler Partei und Gewerkschaft genannt hatte. Während Kreisky und auch noch Sinowatz an den Fraktionssitzungen der sozialdemokratischen Gewerkschafter in der Hohenstaufengasse teilgenommen hatten und Benya jeden Montag auf den Ballhausplatz einberufen wurde, um dort über politische Vorhaben aus erster Quelle informiert zu werden, rissen diese Kontakte in der Ära Vranitzky abrupt ab. 1991 kam es auch zur formellen Trennung: die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter (die Partei hatte ihren Namen 1991 von »sozialistisch« auf »sozialdemokratisch« geändert) erklärte sich zum von der SPÖ unabhängigen Verein. Die persönlichen Spannungen zwischen dem ÖGB- und dem SPÖ-Vorsitzenden wurden durch die Tatsache verschärft, daß auch die Partei auf die neuen Konflikte zwischen den Arbeitnehmern der »New Economy« und der traditionellen Arbeiterschaft in den alten Industrien keine Antwort hatte.

Zwei Blinde konnten einander in der neuen Welt seit 1989 keinen Weg weisen.

---

### ÖGB auf dem Abstellgleis

---

In den langen Jahren des Wohlstands und des stetig ausgebauten sozialen Wohlfahrtsstaates hatte der ÖGB sein Sensorium für soziale Trends und politische Entwicklungen verloren. Freiwillig und ohne Druck hatte er sein Mandat auf die Lohn-

politik reduziert und es verabsäumt, sich in den großen gesellschaftlichen Fragen – von der Kultur- und Medienpolitik bis zur Entwicklungs- und Friedenspolitik – zu engagieren. Das ideologische Vakuum, das der ÖGB in den Köpfen seiner Funktionäre und Mitglieder hinterließ, machte die einst so mächtige Organisation hilflos gegenüber den radikal neuen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen nach 1989, die die internationale Wirtschaftswelt und die Prioritäten der nationalen Politik von Grund auf änderten.

1. Der wachsende Verlust an Arbeitsplätzen in den traditionellen Industrien traf den ÖGB am finanziellen und am ideologischen Nerv: seine Mitgliederzahlen und damit auch seine Einnahmen schrumpften dramatisch. So ging im Zeitraum von 1990 bis 2003 die Zahl der Chemiearbeiter um 43 Prozent, die der Agrar-Nahrung-Genußmittel-Gewerkschaft um 35 Prozent, die der Metall- und Textilarbeiter um 26 Prozent zurück. Im Schnitt reduzierte sich die Zahl der Mitglieder in den letzten 25 Jahren um fast 19 Prozent – von 1,644.841 auf 1,335.421 Mitglieder (letzter offiziell ausgewiesener Stand von 2005). Der BAWAG-Skandal hat zu einer Austrittswelle geführt, die in der ÖGB-Zentrale mit »einigen tausend« beziffert wird. Nicht erfaßt sind bis jetzt die »stillen Austritte« all derer, die ihre Mitgliedsbeiträge nicht mehr bezahlen.

Mindestens so schwer wie die Finanzen war durch diese Entwicklung aber auch das Selbstverständnis des ÖGB angeschlagen. Der Industriearbeiter, im blauen Overall und mit Schutzhelm, war für die Gewerkschaften Symbol und Inbegriff für die »Arbeit« an sich. »Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.« Das Bild des Arbeiters war geprägt von den »Schornsteinindustrien«, den Fabriken der Schwerindustrie, die sich in den achtziger Jahren langsam zu leeren bzw. radikal zu ändern begannen.

2. Für die Arbeitslosen, deren Zahl in den neunziger Jahren (in Österreich weniger als anderswo in Europa) anstieg, gab es keine Organisation. Der ÖGB ist eine Vertretung derer, die im glücklichen Besitz eines Arbeitsplatzes sind. Wer »draußen« ist, wird nicht betreut, er fällt in die Obhut des Staates. »Die Mitgliedschaft zum Gewerkschaftsbund kann während der Zeit der Arbeitslosigkeit... nicht erworben werden«, heißt es in den Statuten des ÖGB (§ 16, Abs. 2).

Arbeitsmarktpolitik, Ausbildungskurse und Umschulungen zahlt und organisiert die Arbeitslosenversicherung; daneben gibt es auch noch sozialpartnerschaftlich organisierte Fortbildungskurse, die aber mit dem Arbeitsmarktservice nicht direkt zusammenarbeiten. Dem deutschen Zukunftsforscher Matthias Horx ist zuzustimmen, wenn er in einer Diskussion des »Standard« drastisch formuliert: »Der ÖGB müßte ÖAMTC-Charakter haben. Wobei die Arbeitslosigkeit der Abschleppfall wäre. Das würde eine völlig andere Denkweise für Lobbying für Arbeit bedeuten.« Daß der ÖGB außer einer Interessenvertretung auch ein Dienstleistungsunternehmen sein sollte, ist bisher zu kurz gekommen.

3. In den neuen Branchen der Informations- und Kommunikationsindustrie waren und sind die Gewerkschaften kaum vertreten. Dort stoßen zwei Welten aufeinander: die des neuen Individualismus, der von manchen zur Ideologie hochstilisiert wird (man denke an Margaret Thatchers Diktum »*There is no such thing as society*«) und die des alten Kollektivismus, der die positiven Tendenzen zu Individualisierung und Emanzipation verschlafen hat.

Die Nichtvertretung des ÖGB in der »*New Economy*« führte zu einem deutlichen Rückgang des Organisationsgrades, also des Anteils der Gewerkschaftsmitglieder an

der Gesamtzahl der Beschäftigten. Dieser war zwar schon seit den siebziger Jahren kontinuierlich zurückgegangen – von 60 Prozent im Jahr 1970 auf 45 Prozent im Jahr 1985, doch ab den neunziger Jahren ging die Schere zwischen Beschäftigten und Gewerkschaftsmitgliedern immer weiter auseinander. Im Zeitraum von 1993 bis 2002 fiel der Organisationsgrad von 42 auf 36 Prozent (zum Vergleich: in den nordischen Ländern liegt er zwischen 70 und 80 Prozent, in Großbritannien bei 29 Prozent, in Deutschland bei 23 Prozent und in Frankreich nur bei 9 Prozent). Das heißt, daß heute in Österreich nur noch jeder dritte Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft ist.\*

4. Daß der ÖGB die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit verschlafen hat, nimmt aufgrund seiner männerbündischen Struktur nicht weiter wunder. Während der Bildungsgrad der Frauen – auch dank der Bildungspolitik der siebziger Jahre – rasch anstieg und immer mehr Frauen aus den klassischen »Frauenberufen« und aus den untergeordneten Positionen herausdrängten, ignorierte der ÖGB diese Entwicklung und setzte keinerlei Initiativen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Noch in den siebziger Jahren wehrten sich führende Gewerkschaftsfrauen gegen die Errichtung von Betriebskindergärten. Im »Frauenreferat« des ÖGB dominieren bis heute Frauen, deren Bildungsgrad und Bewußtseinsstand mit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten haben.

5. Das Thema der Zuwanderung und der rasant wachsenden Zahl ausländischer Arbeitskräfte ließ der ÖGB lange »links« liegen. Obwohl Österreich schon seit Mitte der sechziger Jahre »Gastarbeiter« ins Land gerufen hatte und seit der Öffnung der Grenzen politische und wirtschaftliche Flüchtlinge zuwanderten, haben die Gewerkschaften diesbezüglich Vogel-Strauß-Politik betrieben. Dies war und bleibt einer der Gründe, die zum Aufstieg Jörg Haiders beitrugen und wahrscheinlich weiter Rechtspopulisten aller Schattierungen stärken werden.

6. Die in Österreich vorherrschende negative Einstellung zur Europäischen Union und zur Erweiterung dieser Union hat nicht nur, aber auch der ÖGB zu verantworten. Statt realistischer Analysen, in welchen Branchen die österreichische Wirtschaft auf Arbeitskräfte aus den Nachbarländern gar nicht mehr verzichten kann, betreiben ÖGB und Arbeiterkammer Panikmache vor Pendlerteerern. Das Beharren auf den ausgehandelten Übergangsfristen und die mögliche Verlängerung dieser Fristen schaden nicht nur Österreichs Ansehen bei den neuen Nachbarn, sie verstoßen auch gegen die an Sonn- und Feiertagen so gern proklamierte Solidarität.

7. Die Zahl der sogenannten »atypisch Beschäftigten«, also Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte, Scheinselbständige, steigt so schnell, daß man von einem Dammbreach im traditionellen Arbeitsverhältnis reden muß. Der frühere »typische Beschäftigte«, mit einer Ausbildung in Jugendjahren, einem 40 Jahre lang ausgeübten Beruf bei minimalem Arbeitsplatzwechsel, zählt binnen weniger Jahre zu den Ausnahmen.

In dieser Umbruchsituation nützt es nicht, zu mauern, oder, um im Bild zu bleiben, Sandsäcke zur Erhaltung traditioneller Arbeitsverhältnisse aufzuschichten.

Den Forderungen der Unternehmerseite nach mehr »Flexibilisierung« hinhalten den Widerstand entgegenzusetzen, wird nicht ausreichen. Die Durchsetzung von

---

\* Die Zahlen stammen aus Dachs/Gerlich/Gottweis/Karlhofer/Lauber/Müller/Talos (Hrsg) Politik in Österreich. Das Handbuch (2006)

finanziellen und sozialen Mindeststandards, und dies auf europäischer Ebene, wäre eine wirkungsvollere Strategie als die Blockade-Politik.

Mangels positiver Strategien bei allen diesen Themen ist der ÖGB in den letzten 20 Jahren zunehmend auf ein Abstellgleis geraten. Die Züge des technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandels brausen an ihm vorbei, ohne daß die Chancen zur Gestaltung des Wandels genützt würden. Gewerkschaftsstillstand statt Gewerkschaftsbewegung.

---

### **Exkurs: Die ersten Risse im ÖGB-Gebäude**

---

Strukturelle und ideologische Fehlentwicklungen sind die tieferen Ursachen für die derzeitige Existenz- und Sinnkrise des ÖGB.

Erste Krisensymptome hatten sich Mitte der siebziger Jahre gezeigt, als die Nachkriegsordnung in Europa und Österreich, an der die Gewerkschaften maßgeblich mitgewirkt hatten, durch Ölkrise und Wachstumsstopp erschüttert wurde. Das Ende der »dreißig glorreichen Jahre«, wie die Franzosen die drei Jahrzehnte von 1945 bis 1975 nannten, brachte den in diesen Jahrzehnten aufgebauten Wohlfahrtsstaat erstmals ins Gerede.

Die österreichischen Gewerkschaften, die sich 1945 zu einer politischen Großtat entschlossen hatten, zur Einigung der in der Ersten Republik bestehenden Richtungsgewerkschaften unter dem Dach eines »überparteilichen Gewerkschaftsbundes« und zum gemeinsamen »kraftvollen Mitwirken am Wiederaufbau Österreichs« (wie es noch heute in den Statuten heißt), hatten die ersten drei Jahrzehnte der Zweiten Republik durch ihre Kooperation mit den Vertretern der Unternehmer wesentlich geprägt. Das erfolgreiche Modell der »Sozialpartnerschaft«, dieses »sublimierten Klassenkampfes« (Bruno Kreisky) am grünen Tisch, wurde von ausländischen Journalisten studiert und manchmal auch von anderen Ländern kopiert. Der Wohlstand, der in dieser Zeit erreicht wurde, ist ohne die Lohnpolitik der Gewerkschaften, ohne den Aufbau eines Systems sozialer Sicherheit, das nach und nach alle Bevölkerungsschichten umfaßte, aber auch ohne die Bereitschaft der Unternehmer, ihre Produktivitätsgewinne mit den Arbeitnehmern zu teilen, nicht denkbar.

Dem Gewerkschaftsbund der Nachkriegszeit kommt ein doppeltes Verdienst zu: die Schaffung eines gewissen materiellen Wohlstandes für die Arbeiter und Angestellten, aber auch, zumindest ebenso wichtig, die politische Integration der Arbeiterschaft in die Zweite Republik.

Daß Österreichs größter privater Verein schon in diesen ersten 30 Jahren nicht sehr demokratisch strukturiert war, daß die einfachen Mitglieder außer der Zahlung von Beiträgen wenig mitzureden hatten, daß an seiner Spitze relativ autoritär strukturierte Personen standen, fiel im allgemein restaurativen Klima der fünfziger und sechziger Jahre wenig auf: schließlich waren auch die Unternehmervetreter noch vom alten patriarchalischen Schlag und keine Anhänger der Basisdemokratie. Die Ähnlichkeit der Persönlichkeitsstrukturen, etwa eines Franz Olah und eines Julius Raab, aber auch eines Anton Benya und Rudolf Sallinger, waren vermutlich sogar günstige Voraussetzungen für eine funktionierende Kooperation. Mitsprache der Mitglieder und Kontrolle der Macht waren von Anfang an Schwachpunkte in der Konstruktion der Sozialpartnerschaft. Die Demokratie als formales System stand außer Diskussion, aber eine Ausweitung des demokratischen Prinzips auf andere gesell-

schaftliche Bereiche erschien den Gewerkschaftern und ihren Partnern auf der Unternehmerseite als unnötige Utopie, Glasperlenspiel für Parteitheoretiker.

Als im Gefolge der Studentenbewegung Bruno Kreisky von der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, von Selbstbestimmung und Mitbestimmung zu reden begann, sahen die führenden Gewerkschafter darin Luxusthemen für Intellektuelle, denen man im ÖGB prinzipiell skeptisch gegenüberstand. »Was der Bruno immer mit seiner Demokratie hat«, wurde Anton Benya aus dem »inneren Zirkel« zitiert. Die »Demokratie« war weder Anton Benya noch seinen Freunden im ÖGB ein Anliegen. Sie wurde als politisches System akzeptiert, aber nicht gelebt. Berücksichtigt Benyas »Sager« bei offenen Mikrofonen auf dem Nationalratspräsidium, als im Parlament laut und heftig diskutiert wurde: »Halt's die Goschen da unten!«

Besonders resistent zeigten sich die Gewerkschaften gegenüber der neuen Frauenbewegung Anfang der siebziger Jahre. Die Gewerkschaften waren von Anfang an Männerbünde, Vereine, in denen ältere Männer in der Freizeit Karten spielten. In Benyas legendärer »Preference-Partie« war für Frauen kein Platz, zumindest nicht auf der Ebene gleichberechtigter Mitarbeit. Auf der Parlamentsfeier zu ihrem 80. Geburtstag berichtete Dr. Marga Hubinek, erste von der ÖVP nominierte Nationalratspräsidentin, wie Anton Benya auf ihre Nominierung im Jahr 1986 reagierte: »Ja, muß denn die ÖVP wirklich ein Weib vorschlagen?«

Hochburgen der Gewerkschaften waren die Betriebe der Verstaatlichten Industrie und andere staatsnahe Betriebe, deren Lohnabschlüsse meist als Vorbild für die anderen Branchen galten. Gleichzeitig entwickelte sich in denselben Unternehmen auch jenes System der »Betriebskaiser« – der Begriff »Betriebsräte« hätte deren wachsende Macht nur höchst unzureichend zum Ausdruck gebracht –, das dem Gebäude des ÖGB die ersten schweren Risse zufügte. Die doppelte Loyalität der Betriebsräte, gegenüber den Arbeitnehmern und gegenüber der Unternehmensführung, war von den Anfängen an ein unübersehbares Dilemma. Im Lauf der Jahre, mit wachsendem Wohlstand, verlagerten sich die Loyalitäten der Betriebsräte immer öfter in Richtung Unternehmensführung, was in vielen Fällen materiell honoriert wurde. Wo die Betriebsräte das Wahlrecht für die Geschäftsführung besaßen, schlich sich mehr als einmal der Verdacht von Bestechung und Korruption ein. Den Versuchungen, betrieblichen Einfluß in »neuen Reichtum« umzumünzen, widerstanden nicht alle Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, auch wenn dies in der Frühzeit nur Einzelfälle waren.

---

### Die »neue Klasse« der Funktionäre

---

In der österreichischen Sozialdemokratie hatte sich seit 1945 der Brauch etabliert, rund die Hälfte, zumindest ein Drittel der politischen Mandate der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter zu überlassen. Zusätzlichen Anspruch erhoben die Gewerkschafter auf einen der drei Nationalratspräsidenten, vordem auch auf den Klubobmann der SPÖ im Parlament. Daß der Sozialminister vom ÖGB gestellt wird, war ein ungeschriebenes Gesetz.

Die enge Verschränkung von Verbänden und Parteien, ein heimliches Baugesetz der Zweiten Republik, tat weder den Verbänden noch den Parteien gut. Die Gewerkschafter gewöhnten sich daran, mit doppelter Zunge zu reden: staatstragend im Parlament, klassenkämpferisch in der gewerkschaftlichen Organisation. Kritik und Kon-

trolle funktionierten in den Betrieben und in den Gewerkschaften immer weniger. Die Mandate wurden zu Mandaten auf Lebenszeit, Abwahlen waren die Ausnahme, nicht die Regel. Dank der wenig demokratischen Strukturen und der kaum vorhandenen demokratischen Traditionen entwickelte sich langsam eine »neue Klasse« von Funktionären, die den Kontakt zu denen, die sie vertreten sollten, immer mehr verloren.

Die Kumulierung von Ämtern in Gewerkschaft, Partei, Sozialversicherungen und Kammern produzierte eine Schicht »neuer Reicher«, die mit der traditionellen Arbeiterschaft in den Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie, der Chemie- und Nahrungsmittel-, der Textilindustrie, mit den Eisenbahnern und Gemeindebediensteten nur noch in Wahlkämpfen und auf 1.-Mai-Feiern Kontakt hatten.

Die ersten Skandale tauchten in den späten siebziger Jahren auf: verbunden mit Namen wie Karl Sekanina und Helmut Braun, die aus den Reihen der Gewerkschaft zu Ministern und Stadträten aufgestiegen waren, und dem steirischen Arbeiterkammerpräsidenten Alois Rechberger, dessen Mehrfachgagen Ende der achtziger Jahre Jörg Haider erstklassiges Agitationsmaterial lieferten.

---

### Entpolitisierung als Bumerang

---

Schon diese scheinbaren »Einzelfälle« waren ein Symptom für die tiefer sitzende ideologische Krise des ÖGB, die sich seit den achtziger Jahren an mehreren historischen Ereignissen und Entwicklungen festmachen läßt:

Die erste Krise erfaßte den ÖGB, als im Jahr 1980 in Polen die »Solidarność«-Bewegung entstand. Da diese neue Gewerkschaft weder von orthodoxen Kommunisten noch von Sozialdemokraten, sondern von polnischen Bischöfen und linken Dissidenten unterstützt wurde, galt sie Österreichs Gewerkschaftern nicht als »rechtgläubig«, sondern als »katholische Abweichung«. Die ÖGB-Führung weigerte sich lange, die aufständischen Arbeiter in Polen als Gewerkschaft anzuerkennen, nur die christliche Fraktion kämpfte damals vergebens für eine finanzielle und moralische Unterstützung von »Solidarność«. Außer einer anachronistischen Einstellung zu Kirche und Christentum, die noch aus der Ersten Republik herrührte, waren es auch die guten Beziehungen zu den kommunistischen Regimen in den Nachbarländern, die eine Unterstützung von Dissidenten und regimekritischen Gewerkschaften verhinderten. Zwar sind die österreichischen Gewerkschaften frei von allen kommunistischen Neigungen (schließlich wird Franz Olah als Kämpfer gegen die Kommunisten im Jahr 1950 gefeiert), aber die guten Geschäfte zwischen Verstaatlichter Industrie und dem damaligen »Ostblock« waren der ÖGB-Führung unter Anton Benya mehr wert als die aufständischen Arbeiter der Danziger Werft. Gute Geschäfte, die nicht selten mit Einladungen zur Bärenjagd in Polen besiegelt wurden. Spätfeudale Gelüste verbanden Polens Kommunisten mit Österreichs Gewerkschaftern und roten Ministern.

Ebenso verhängnisvoll wie das Versagen des ÖGB angesichts der Erosion des Kommunismus erwies sich die Antiquiertheit des gewerkschaftlichen Denkens in Fragen der Energie- und Umweltpolitik. Die führenden Männer des ÖGB waren 1978, anlässlich der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes in Zwentendorf, überzeugte Anhänger der Atomenergie, die meisten sind es bis heute geblieben. »Für Lenin waren Arbeiterräte und Elektrifizierung das Wesen des Kommunismus, für den ÖGB sind Betriebsräte und Atomenergie das Wesen des Sozialismus«, witzelte ein Intimkenner der Gewerkschaften, Karl Blecha, der sechs Jahre

später, als Innenminister, bei der Besetzung der Stopfenreuther Au in der Nähe von Hainburg, Schlägereien zwischen Arbeitertrupps der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft und jungen »Grünen« durch den Einsatz von Polizei beendete.

Die Auseinandersetzung um den Bau eines geplanten Donaukraftwerkes bei Hainburg zeigte erstmals drastisch, daß der ÖGB die Zeichen der Zeit nicht mehr verstand und sich der notwendigen Auseinandersetzung mit neuen gesellschaftlichen und politischen Strömungen entzog.

---

### Von der Vorhut zur Nachhut

---

Mitte der achtziger Jahre setzte dann jene technologische Entwicklung ein, die den in seinen Nachkriegsstrukturen erstarrten ÖGB ins Mark treffen sollte. Der radikale Umbruch der Arbeitswelt durch die elektronische Revolution, die Entstehung völlig neuer Berufe, die rasante Rationalisierung, die Verlagerung der Schwerpunkte weg von den traditionellen Industrien hin zu neuen Dienstleistungen stürzte den ÖGB in die schwerste Krise seit seiner Gründung.

Fast gleichzeitig mit dieser »zweiten industriellen Revolution« fand auch in der Politik ein Paradigmenwechsel statt. Ein neuer, von sozialen Rücksichten befreiter, »entfesselter« Kapitalismus setzte nach der Implosion des Kommunismus zum weltweiten Siegeszug an. Weder die sozialdemokratischen Parteien noch die Gewerkschaften hatten diesen neuen, global agierenden Kräften der Kapital- und Finanzmärkte etwas entgegensetzen.

Die rasante Veränderung des Arbeitsmarktes auf nationaler Ebene, die Neuordnung der internationalen Arbeitsteilung – verstärkt durch neu aufsteigende Industriestaaten wie China und Indien –, kurzum, die Etablierung einer neuen Wirtschaftsordnung national und international, schien die Gewerkschaften zunächst einmal zu lähmen. Die Schockstarre erfaßte nicht nur den ÖGB. Europaweit reagierten die Gewerkschaften auf den »neuen Kapitalismus« wie das Kaninchen auf die Schlange. Den Kapitalismus zu »zähmen«, wie viele Liberale, nicht nur Linke fordern, sind die Gewerkschaften derzeit noch nicht imstande. Kaninchen sind zur Zähmung von Schlangen naturgemäß wenig geeignet.

Als der Schock nachließ, reagierten die Gewerkschaften reflexartig mit der Verteidigung des *status quo*. Reformen, auch notwendige Reformen des Wohlfahrtsstaates, wurden abgewehrt. Allerdings schafften es die Gewerkschaften nicht, zu den vorgeschlagenen neokonservativen und neoliberalen »Reformen«, die häufig auf den Abbau des Sozialstaats hinausliefen, Gegenkonzepte, eigene linke Reformvorschläge zu entwickeln. Die Verteidigung der sozialen Errungenschaften seit 1945, ein legitimes Thema der Gewerkschaften, geriet zum Abwehrkampf gegen jede Veränderung. Aus einer politischen Kraft der sozialen Vorwärtsentwicklung war eine Blockadekraft, aus einer politischen und sozialen Avantgarde eine Nachhut geworden, ein Element der Stagnation.

Als der ÖGB im Jahr 2000 den »Neoliberalismus« entdeckte, war er auch ohne BAWAG-Skandal wenig glaubwürdig. Manche führende Funktionäre, die sich plötzlich mit erhobener Faust, blauem Hemd und roter Fahne als Arbeiterkämpfer gerierten, wirkten ziemlich verkleidet – als hätten sie in den Kostümfundus der Ersten Republik gegriffen, vor allem wenn sie als Ämterkumulierer das Vielfache ihrer Mitmarschierer verdienten.

Auch Fritz Verzetnitsch nutzte die Chance, sein bislang blasses Image durch Urabstimmung und Streiks gegen die Pensionsreform aufzumöbeln. Viele sahen in den neuen Aktionen des ÖGB schon eine »Renaissance« der Gewerkschaften, die endlich wieder die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten begannen.

Doch im selben Jahr, da der ÖGB, diesmal Seite an Seite mit der SPÖ, gegen Schwarz-Blau mobil machte, stand die Gewerkschaftsbank erstmals am Rande des Konkurses. Der Streikfonds, die Basis der politischen Kämpfe, mußte zur Rettung der BAWAG verpfändet werden.

---

### Von der Stagnation zum Bankrott

---

Die BAWAG war lange eine ordentlich geführte Bank für kleine Sparer, in der auch zahlreiche Betriebe ihre Pensionsrücklagen veranlagten. Im Ausland finanzierte sie Stahlfabriken in der früheren Sowjetunion und Chemiefabriken in der ehemaligen DDR.

Der neutrale Status Österreichs ermöglichte nicht nur der Verstaatlichten Industrie, sondern auch der Gewerkschaftsbank gute Geschäfte mit dem Ostblock, die von der Kontrollbank abgesichert wurden. Der 1981 installierte Generaldirektor Walter Flöttl, zuvor mittlerer Kreditberater in der Bank, aber Sohn des Karl Flöttl, des ehemals mächtigen Sekretärs der Bau-Holzarbeitergewerkschaft und Mitkämpfers von Franz Olah, wollte der Bank ein neues Image verpassen. Die engen Beziehungen zum ÖGB wurden gekappt, das alte Kollegialitätsprinzip, in Wirklichkeit eher ein *Old Boys Network* aus den Nachkriegsjahren, beendet, Entscheidungen über den Kopf von Vorstand, Aufsichtsrat und Kontrollbank hinweg getroffen. Walter Flöttl mauserte sich vom Bank-Angestellten zum autoritär agierenden »Boß«. Aus der Bank mit immer noch leicht proletarischem Geruch sollte eine erfolgreiche Wirtschaftsbank werden, die mit den »bürgerlichen« Geldinstituten Schritt halten konnte.

Einwänden aus der ÖGB-Zentrale hielt er seine wirtschaftlichen Erfolgsziffern und die Expansion der Bank binnen weniger Jahre entgegen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten gingen die Kredite der BAWAG nicht mehr ostwärts, sondern westwärts. Statt die Chancen der offenen Grenzen und der EU-Erweiterung zu nutzen, überließ der ehrgeizige Senior seinem noch ehrgeizigeren Sohn Wolfgang Hunderte Millionen als Spielkapital für die boomenden Spekulationsgeschäfte in den *Offshore*-Firmen der Karibik. 1995 mußte Walter Flöttl zurücktreten, weil der Kasinokapitalismus mit BAWAG-Geldern erstmals aufgefliegen war. Aber er war noch stark genug, als seinen Nachfolger Helmut Elsner, einen guten Freund seines Sohnes Wolfgang, durchzusetzen. In der ÖGB-Zentrale wehrten sich zwar einige alte Kämpfer gegen den Parvenu aus Graz, der schon damals als Hochstapler galt. (Heute darf man ihn laut Gerichtsurteil rechtens »Abzocker« und »Raffzahn« nennen.) Aber fehlende Menschenkenntnis, politische Prinzipienlosigkeit und steigende ÖGB-Finanznöte siegten über die Skrupel von ein paar »Traditionalisten«, wie es abschätzig hieß.

Die neue ÖGB-Garnitur nach Anton Benya, Fritz Verzetnitsch, der Arbeiterkämmerer Herbert Tumpel, der bis 1997 Vorsitzender des Aufsichtsrates war, der Finanzreferent Günter Weninger, der ihm folgte, ließen sich vom scheinbar weltläufig agierenden Helmut Elsner nach allen Regeln der Kunst bluffen. Einladungen zu Galadinnern und Opernpremierern (gesponsert von der BAWAG) bedienten den Hang der sozialen Aufsteiger ebenso wie das Auftrumpfen mit Villen an der Côte d'Azur und

Golfturnieren rund um den Erdball. Die Herren aus BAWAG und ÖGB hielten sich für einen Teil des Jetsets und legten sich denselben Lebensstil zu, den ihnen Walter Flöttl und Helmut Elsner mit Penthäusern und Haubenlokalen vorlebten. Aus der »neuen Klasse« der früheren Funktionäre war eine »neureiche Klasse« geworden, der der Kontakt zum Alltag der Arbeitnehmer ebenso abhanden gekommen war wie Reste einer sozialistischen Moral, die in den Anfängen der Arbeiterbewegung beschworen worden war.

Wenig glaubwürdig wirkt es, wenn dieser moralische Bankrott heute auf wenige Funktionäre eingeschränkt wird, gegen die die derzeitige provisorische Führung mit Strafanzeigen und Klagen vorgeht. Der Verlust an politischen Ideen und moralischen Wertvorstellungen, der an der Wurzel aller dieser Entwicklungen steht, hat im ÖGB eine breitere Schicht erfaßt als die unmittelbar in den BAWAG-Skandal Involvierten. Der moralische Bankrott ist nicht erst durch das BAWAG-Debakel entstanden, dieses Debakel ist vielmehr die Folge einer Summe von Fehlentwicklungen, die weit in die siebziger Jahre zurückreichen. Was sich damals an individuellen Korruptionsfällen ereignete, waren die Erschütterungen, die dem jetzigen Erdbeben vorausgingen. Kritische Köpfe warnten schon damals, daß der ÖGB sich langsam zum »Koloß auf tönernen Füßen« entwickle. Aber kritische Stimmen waren in den Gewerkschaften kaum willkommen.

---

### **Neuer Anfang – vom Stillstand zur neuen Bewegung**

---

Unkorrekt und unfair wäre es, die deprimierende Bilanz des gegenwärtigen ÖGB nur auf die Analyse einer durch Macht, Opportunismus und Geldnöte korrumpierten Führungsgarnitur zu reduzieren. Es gibt noch einen anderen ÖGB: Auf den unteren Ebenen, innerhalb der einzelnen Landesorganisationen, finden sich in den letzten Jahren immer wieder junge Gewerkschafter, Männer und Frauen, die ausgezeichnete berufliche Qualifikation mit einer soliden Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung und mit neuem politischen Engagement verbinden. Von ihnen könnte jene »Neugründung« des ÖGB, jener »neue Anfang« kommen, von dem in den letzten Wochen so viel die Rede ist.

Ein Teil dieser »Basis« hat sich in einer Internet-Plattform zu Wort gemeldet und will ein »Zeichen setzen«. Gefordert wird

- die direkte Wahl der Spitzenfunktionäre,
- die Trennung von politischem und Gewerkschaftsmandat,
- die Festschreibung einer Einkommensgrenze, was auf ein Ende der Ämterkumulierung hinausläuft,
- und ein 50prozentiger Anteil von Frauen auf allen Führungsebenen.

Auch wenn diese Forderungen für den alten ÖGB ziemlich revolutionär klingen, bleibt dabei die wichtigste Frage ausgeklammert: die der notwendigen Repolitisierung nach Jahrzehnten der Entpolitisierung. Die derzeitigen Gewerkschaftsführer verstehen die Welt nicht mehr, sie denken in den Kategorien einer untergehenden Industriegesellschaft in Europa und nehmen weder den neuen global agierenden Kapitalismus noch die Entstehung einer neuen internationalen Arbeitsteilung zur Kenntnis. Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1989 fehlen auf nationaler wie auch auf europäischer und internationaler Ebene. Mangels Analysen fehlen aber auch nationale, europäische und internationale Strategien.

Die Gewerkschaften (übrigens nicht nur in Österreich) schmoren noch immer im nationalen Saft und glauben mit defensiven Strategien den Sozialstaat alter Prägung konservieren zu können.

Um im veränderten globalen Umfeld die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, um die Grundprinzipien des sozialen Wohlfahrtsstaates zu bewahren und weiter auszubauen, braucht es mehr als neue Gesichter und neue Strukturen. So wichtig eine personelle und organisatorische Erneuerung ist, der ÖGB braucht für den Bau eines neuen Hauses vor allem neue politische Fundamente.

Die neue Gewerkschaft, die heute notwendiger ist als noch vor dreißig Jahren, muß die Kapitalismus-Kritik von Theoretikern und die Beispiele linker Reformpolitik, wie sie die skandinavischen Staaten praktizieren, aufgreifen und gemeinsam mit beiden, Theoretikern wie Praktikern, Strategien zur Zählung, zur Zivilisierung des neuen global agierenden Kapitalismus entwerfen. Zu den neuen Strategien gehört auch die Zusammenarbeit mit anderen kritischen Gruppen wie ATTAC und anderen NGOs, die zum Teil in einzelnen Gewerkschaften schon jetzt praktiziert wird.

Mag sein, daß eine radikale Fraktion von Industriellen und ihre medialen Lobbyisten der Meinung sind, daß Österreich in Zukunft auch ohne Gewerkschaften auskommt. Die vernünftigeren Mehrheit der Unternehmer weiß, daß ohne funktionierende Arbeitnehmervertretung und damit ohne funktionierende Sozialpartnerschaft wirtschaftliche Entwicklung wie politische Stabilität – nicht nur in Österreich – gefährdet sind.

So wie die Arbeiterbewegung dem Kapitalismus des 19. Jahrhunderts elementare soziale Rechte auf nationaler Ebene abgerungen hat, muß eine moderne Gewerkschaft – und die ihr nahestehenden sozialdemokratischen Parteien – dem globalen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts weltweit soziale und ökologische Rechte abringen. Eine »Globalisierung« der Gewerkschaften, die über einen internationalen Dachverband hinausgeht, steht noch aus.